

Der lange Krieg im Staat Israel zwischen den Generälen und den Extremisten wird nicht enden

Jonathan Cook, middleeasteye.net, 29.03.23

Netanjahus Fehler bei dem Versuch, die Justiz zu schwächen, bestand darin, dass er zu viele mächtige Akteure auf einmal dazu brachte, sich offen zu widersetzen. Die religiöse Rechte wird sich nun neu formieren.

Der Staat Israel ist am Wochenende einem Bürgerkrieg näher gekommen als je zuvor in seiner Geschichte. Um das Chaos abzuwenden, erklärte sich Premierminister Benjamin Netanjahu am Montagabend bereit, seine Pläne zur Entmachtung der israelischen Gerichte vorübergehend zu stoppen.

Es geht darum, welche Gruppe von jüdischen Israelis den Tyrannen spielen darf: gilt das Gesetz der Generäle oder das Gesetz religiöser Schlägertypen

Zu diesem Zeitpunkt waren die Innenstädte durch wütende Massenproteste zum Stillstand gebracht worden. Der Generalstaatsanwalt des Landes hatte erklärt, Netanjahu handele illegal. (1) Menschenmengen belagerten das Parlamentsgebäude in Jerusalem. Öffentliche Einrichtungen wurden im Verlauf eines Generalstreiks geschlossen, darunter Israels internationaler Flughafen und seine Botschaften im Ausland. Hinzu kam in den vergangenen Wochen ein Beinahe-Streik von militärischen Elitegruppen, wie Kampfpiloten und Reservisten.

Die Krise gipfelte darin, dass Netanjahu am Sonntagabend seinen Verteidigungsminister entließ, nachdem Yoav Gallant davor gewarnt hatte, dass die Gesetzgebung das Militär auseinanderreiße und die Kampfbereitschaft des Staates Israel gefährde. (2) Die Entlassung von Gallant hat die Wut nur noch verstärkt.

Der Aufruhr hatte sich seit Wochen aufgebaut, als Netanjahus so genannte „Rechtsreform“ immer näher an die Gesetzesbücher heranrückte.

Ende vergangener Woche gelang es ihm, eine erste Maßnahme zu verabschieden, die ihn davor schützt, für untauglich erklärt zu werden (3) – eine kritische Angelegenheit, da sich der Premierminister mitten in einem Korruptionsprozess befindet. Der Rest seines Pakets wurde jedoch auf Eis gelegt. Dazu gehören Bestimmungen, die seiner Regierung die absolute Kontrolle über die Ernennung hochrangiger Richter und die Befugnis geben, Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs außer Kraft zu setzen.

Es ist schwer, einen einfachen Ausweg aus der Sackgasse zu erkennen. Im Moment als Netanjahu am Montag vor dem Gewicht der Gegenreaktion einknickte, begann der Druck auf seine eigene Seite zu wachsen.

Rechtsextreme Gruppen starteten eine Welle von wütenden Gegendemonstrationen und drohten mit Gewalt gegen Netanjahus Gegner. Itamar Ben-Gvir, der Polizeiminister und Führer der faschistischen Partei Jüdische Kraft, schwor zunächst, die Regierung zu stürzen, falls Netanjahu das Gesetz nicht durchsetzen würde. (4)

Doch am Ende wurde sein Einverständnis mit einer Verzögerung zu einem typisch hohen Preis erkaufte: Unter Ben-Gvirs Leitung wird eine Nationalgarde eingerichtet werden. In der Praxis wird der Siedlerführer seine eigenen faschistischen, antipalästinensischen Milizen führen können, die vom israelischen Steuerzahler bezahlt werden. (5)

Mangel an Demokratie

In der Berichterstattung über die Proteste werden diese immer wieder vereinfachend als Kampf zur Rettung der „israelischen Demokratie“ und der „Rechtsstaatlichkeit“ dargestellt.

„Die Brutalität dessen, was geschieht, ist überwältigend“, sagte ein Demonstrant der BBC. Aber wenn es bei den Protesten in erster Linie um die Demokratie in Israel ginge, wäre die große Minderheit der dort lebenden Palästinenser, ein Fünftel der Bevölkerung, als erste auf der Straße gewesen. Sie haben eine stark eingeschränkte Form der Staatsbürgerschaft, die ihnen weniger Rechte einräumt als den Juden.

Sie sind überwiegend zu Hause geblieben, weil die Proteste keinerlei Vorstellung von Demokratie forderten, die ihre Gleichberechtigung einschließt. (6) Im Laufe der Jahre haben auch internationale Menschenrechtsgruppen diesen grundlegenden Mangel an Demokratie langsam erkannt. Sie bezeichnen Israel jetzt als das, was es immer war: ein Apartheidstaat. (7)

Tatsächlich war Netanjahu nur deshalb in der Lage, die Pläne zur Entmachtung der Justiz mit dem Bulldozer durchzudrücken, weil es im Staat Israel an eingebauten demokratischen Kontrollen und Menschenrechtsgarantien fehlt.

Das politische System des Staates Israel ermöglicht – bewusst – eine tyrannische Herrschaft der Regierung, ohne entscheidende Kontrollen oder Gegengewichte. Im Staat Israel gibt es weder ein Grundgesetz noch eine zweite Kammer oder eine Gleichheitsregelung, und die Regierung kann sich stets auf eine Parlamentsmehrheit berufen.

Das Fehlen von Aufsicht und demokratischer Rechenschaftspflicht ist ein Merkmal, kein Fehler. Die Absicht war, israelischen Beamten die Freiheit zu geben, Palästinenser zu verfolgen und ihr Land zu stehlen, ohne dass sie ihre Entscheidungen über die Behauptung der „nationalen Sicherheit“ hinaus rechtfertigen müssen.

Netanjahu hat nicht versucht, die „israelische Demokratie“ zu zerstören. Er hat das Fehlen einer solchen reichlich ausgenutzt.

Das einzige schwache Gegengewicht zur Tyrannei der Regierung war der Oberste Gerichtshof - und selbst der hat sich relativ ruhig verhalten, aus Angst, seine Legitimität durch Einmischung zu schwächen und einen politischen Frontalangriff auf sich zu ziehen. Dieser Moment könnte nun unmittelbar bevorstehen.

Kulturkampf

Oberflächlich betrachtet sind die wachsenden Proteste eine Reaktion darauf, dass Netanjahu das Gesetz zu seinem persönlichen Vorteil einsetzt, um seinen Korruptionsprozess zu stoppen und sich an der Macht zu halten.

Doch auch wenn dies seine Hauptmotivation sein mag, ist es nicht der Hauptgrund, warum seine rechtsextremen Koalitionspartner ihm so sehr bei der Verabschiedung des Gesetzes helfen wollen. Sie wollen die Neuordnung der Justiz ebenso dringend wie er.

Dies ist in Wirklichkeit der Höhepunkt eines seit langem schwelenden Kulturkriegs, der an zwei miteinander verbundenen, aber getrennten Fronten in einen Bürgerkrieg zu kippen droht. Zum einen geht es darum, wer letztlich die Befugnis hat, die Besatzung zu verwalten und die Bedingungen für die Enteignung der Palästinenser zu kontrollieren. Zum anderen geht es um die Frage, wem oder was eine jüdische Gesellschaft gehorchen sollte: unfehlbaren göttlichen Gesetzen oder allzu menschlichen.

Es gibt einen Grund dafür, dass die Straßen mit israelischen Flaggen übersät sind, die sowohl von Netanayhus Gegnern als auch von seinen Befürwortern mit gleicher Inbrunst geschwenkt werden. Jede Seite kämpft darum, wer den Staat Israel repräsentiert.

Es geht darum, welche Gruppe von jüdischen Israelis den Tyrannen spielen darf: gilt das Gesetz der Generäle oder das Gesetz religiöser Schlägertypen.

Jahrzehntelang hat das israelische Militär- und Sicherheitsestablishment, unterstützt von einer nachsichtigen säkularen Justiz, die brutale Tagesordnung in den besetzten Gebieten bestimmt. Diese alte Garde weiß nur zu gut, wie sie ihre Verbrechen der internationalen Gemeinschaft als „nationale Sicherheit“ verkaufen kann.

Nun aber wetteifert ein junger Anwärter um die Krone. Eine wachsende theokratische Siedlergemeinschaft glaubt, endlich genug Kraft zu haben, um die institutionalisierte Macht der Militär- und Sicherheitselite zu verdrängen. Um ihr Ziel zu erreichen, muss sie jedoch den Obersten Gerichtshof aus dem Weg räumen.

Erstens hält sie das Sicherheits- und Justiz-Establishment für zu schwach, zu marode und zu abhängig von westlicher Gunst, um die von einer früheren Generation begonnene ethnische Säuberung der Palästinenser - sowohl in den 1967 besetzten Gebieten als auch innerhalb des Staates Israel - zu vollenden.

Zweitens wird der Oberste Gerichtshof mit Sicherheit die Bemühungen der Rechten blockieren, eine Handvoll „arabischer Parteien“ zu verbieten (8), die für die Knesset kandidieren. Nur ihre Teilnahme an den allgemeinen Wahlen verhindert, dass eine Kombination aus rechtsextremer und religiöser Rechter dauerhaft an der Macht bleibt.

Unvollendete Mission

Israels politische tektonische Platten schleifen seit Jahrzehnten geräuschvoll aneinander. Aus diesem Grund erinnern die jüngsten Turbulenzen an die Ereignisse Mitte der 1990er Jahre. Damals versuchte eine Minderheitsregierung unter der Führung des Militärveteranen Yitzhak Rabin aus dem Krieg von 1948, ein Gesetz zur Unterstützung des Osloer Abkommens durchzusetzen. (9)

Die Macht des jüdischen religiösen Extremismus wird nicht verschwinden – und auch nicht der Kampf um den Obersten Gerichtshof. Die religiöse Rechte wird sich nun neu formieren und auf einen günstigeren Moment warten, um zuzuschlagen.

Das Werbe-Versprechen war, dass es sich bei den Abkommen um einen „Friedensprozess“ handele. Es wurde angedeutet - mehr aber auch nicht -, dass die Palästinenser eines Tages einen winzigen, ent-militarisierten, geteilten Staat erhalten könnten, dessen Grenzen, Luftraum und elektromagnetisches Spektrum vom Staat Israel kontrolliert würden. Doch nicht einmal das wurde am Ende verwirklicht. Die gegen-wärtigen Unruhen im Staat Israel können als unerledigte Differenzen aus dieser Zeit verstanden werden.

Bei der Oslo-Krise ging es nicht um Frieden, genauso wenig wie es bei den Protesten in dieser Woche um Demokratie geht. In jedem Fall dienten diese moralischen Posen dazu, das wahre Machtspiel zu verschleiern.

Der gewalttätige Kulturkrieg, der durch die Oslo Abkommen entfesselt wurde, führte schließlich zur Ermordung Rabins. Netanjahu war damals wie heute der Hauptakteur – obwohl er vor 30 Jahren auf der anderen Seite der Barrikaden stand, als Oppositionsführer.

Er und die Rechten waren diejenigen, die behaupteten, Opfer eines autoritären Rabin zu sein. Plakate auf den Demonstrationen der Rechten zeigten den Premierminister sogar in einer Nazi-SS-Uniform. (10)

Der politische Rückenwind blies schon damals so stark für die religiöse Rechte, dass die Ermordung Rabins nicht die Gegner von Oslo, sondern deren Befürworter schwächte. Netanjahu kam bald an die Macht und untergrub die ohnehin begrenzten Ambitionen des Abkommens. (11)

Doch während sich das säkulare Sicherheitsestablishment während des Osloer Scharmützels eine blutige Nase holte, konnte die aufstrebende religiöse Rechte ebenfalls keinen K.O.-Schlag landen. Ein Jahrzehnt später, im Jahr 2005, wurden sie von Ariel Sharon, einem General, den sie als Verbündeten

betrachteten, zum Rückzug aus dem Gazastreifen gezwungen. Seitdem versuchen sie, sich zurück zu kämpfen.

Im Wartestand

Während des palästinensischen Aufstands, der sich über weite Teile der 2000er Jahre erstreckte, und nach dem Scheitern von Oslo behauptete das militärisch-sicherheitspolitische Establishment erneut seine Vormachtstellung. Solange die Palästinenser eine „Sicherheitsbedrohung“ darstellten und das israelische Militär die Lage rettete, konnte die Herrschaft der Generäle nicht ernsthaft in Frage gestellt werden. Die religiöse Rechte musste ihre Zeit abwarten.

Aber die heutigen Umstände sind anders. Netanjahu, der die meiste Zeit der vergangenen 14 Jahre an der Macht war, hatte ein Interesse daran, den Kulturkampf nicht zu sehr anzufachen: Seine Unterdrückung diente seinen persönlichen Interessen.

Seine Regierungen waren eine unangenehme Mischung: Vertreter des säkularen Establishments - wie die Ex-Generäle Ehud Barak und Moshe Yaalon - saßen neben den Eiferern der rechten Siedler. Netanjahu war der Leim, der das Chaos zusammenhielt. Doch Netanjahu war zu lange an der Macht und ist nun zu sehr mit Korruption belastet, so dass er nicht mehr weiterkommt.

Da niemand im Sicherheitsestablishment bereit ist, mit ihm in der Regierung zu dienen – nicht einmal Gallant, wie es scheint – kann Netanjahu nur auf die theokratische Rechte der Siedler als zuverlässige Verbündete zählen, Figuren wie Ben-Gvir und Bezalel Smotrich.

Netanjahu hat beiden bereits einen beispiellosen Spielraum eingeräumt, um die übliche Verwaltung der Besatzung durch den Sicherheitsapparat in Frage zu stellen.

Als Polizeiminister leitet Ben-Gvir die Grenzpolizei, eine paramilitärische Einheit, die in den besetzten Gebieten eingesetzt wird. In dieser Woche kann er mit dem Aufbau seiner „Nationalgarde“-Milizen gegen die große palästinensische Minderheit, die innerhalb Israels lebt, beginnen, sie richtet sich ebenso gegen die „pro-demokratischen“ Demonstranten. Zweifellos wird er dafür sorgen, dass die gewalttätigsten Schläger der Siedler für beide rekrutiert werden.

In der Zwischenzeit besitzt Smotrich die Kontrolle über die so genannte Zivilverwaltung, die Militärregierung, die die Apartheidprivilegien für jüdische Siedler gegenüber einheimischen Palästinensern durchsetzt. In seiner Funktion als Finanzminister finanziert er auch die Siedlungen.

Beide wollen, dass die Siedlungsexpansion noch aggressiver und unverhohlener vorangetrieben wird. Und sie halten das militärische Establishment für zu feige und zu nachgiebig gegenüber diplomatischen Belangen, als dass es in der Lage wäre, mit genügend Eifer zu handeln.

Weder Ben-Gvir noch Smotrich werden zufrieden sein, bevor sie nicht das einzige bedeutende Hindernis für eine neue Ära der ungehemmten Tyrannei der religiösen Siedler aus dem Weg geräumt haben: den Obersten Gerichtshof.

Theokratische Herrschaft

Wären Palästinenser – selbst palästinensische Bürger Israels – die einzigen Opfer der „Justizrevision“, gäbe es wohl kaum eine Protestbewegung. Die Demonstranten, die derzeit über Netanjahus „Brutalität“ und seinen Angriff auf die Demokratie wütend sind, wären meist zu Hause geblieben.

Die Schwierigkeit bestand darin, dass Netanjahu, um seine persönlichen Interessen – den Machterhalt – durchzusetzen, auch die umfassendere Agenda der religiösen Rechten gegen den Obersten Gerichtshof vorantreiben musste. Das betrifft nicht nur die besetzten Gebiete oder das Verbot arabischer Parteien im Staat Israel, sondern auch die am meisten belasteten innerjüdischen sozialen Fragen in Israel.

Der Oberste Gerichtshof mag kein großes Bollwerk gegen die Misshandlung von Palästinensern sein, aber er hat die religiöse Tyrannei, die das israelische Leben beherrscht, wirksam begrenzt, während die Spielarten des religiösen Dogmatismus immer mehr zum Mainstream werden.

Netanjahus Fehler bei dem Versuch, das Gericht zu schwächen, bestand darin, dass er zu viele mächtige jüdische Akteure auf einmal zum offenen Widerstand trieb: das Militär, die Hightech-Gemeinde, den Wirtschaftssektor, die Wissenschaft und die Mittelschicht.

Aber die Macht des jüdischen religiösen Extremismus wird nicht verschwinden – und auch nicht der Kampf um den Obersten Gerichtshof. Die religiöse Rechte wird sich nun neu formieren und auf einen günstigeren Moment warten, um zuzuschlagen.

Netanjahus Schicksal ist eine andere Sache. Er muss einen Weg finden, die Revision des Justizwesens umgehend wiederzubeleben, wenn seine junge Regierung nicht zusammenbrechen soll.

Gelingt ihm das nicht, bleibt ihm nur die Möglichkeit, sich erneut mit den Generälen zu arrangieren, indem er an deren nationales Verantwortungsgefühl und die Notwendigkeit der Einheit appelliert, um einen Bürgerkrieg zu verhindern.

So oder so, die Demokratie wird nicht der Sieger sein.

Jonathan Cook ist der Autor von drei Büchern über das Thema Palästina und israelische Herrschaft sowie Gewinner des Martha-Gellhorn-Sonderpreises für Journalismus. Seine Website und sein Blog sind zu finden unter www.jonathan-cook.net

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/opinion/israel-long-war-generals-religious-extremists-not-going-away>

1. <https://www.reuters.com/world/middle-east/israels-attorney-general-netanyahu-involvement-judicial-overhaul-is-illegal-2023-03-24/>
2. <https://www.timesofisrael.com/idf-fears-more-pilots-will-refuse-to-serve-over-judicial-overhaul-report/>

3. <https://www.reuters.com/world/middle-east/israel-ratifies-law-limiting-conditions-netanyahu-ouster-2023-03-23/>
4. <https://twitter.com/JewishChron/status/1640301579981971459>
5. <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-03-27/ty-article/.premium/ben-gvir-agrees-to-netanyahus-judicial-overhaul-delay-in-exchange-for-national-guard/00000187-23eb-d4ca-aff-33ebbc290000>
6. <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-03-08/ty-article-magazine/.premium/arabs-explain-why-they-arent-or-are-joining-the-protests-against-the-judicial-coup/00000186-cofb-d739-a9cf-d4fbfdf80000>
7. <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>
8. <https://www.972mag.com/israeli-right-palestinian-parties-ban/>
9. <https://www.middleeasteye.net/news/what-are-oslo-accords>
10. <https://www.haaretz.com/opinion/2018-10-25/ty-article/.premium/revealed-the-people-behind-the-notorious-rabin-ss-posters/0000017f-dc39-df9c-a17f-fe39cob10000>
11. <https://electronicintifada.net/content/video-netanyahu-brags-he-deceived-us-destroy-oslo-accords/8934>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de